

Studiengebühren beschlossen

„Mit dem heutigen Tag ist der Kampf gegen Studiengebühren, Bildungs- und Sozialabbau noch lange nicht vorbei. Er verschiebt sich lediglich auf andere Ebenen. Neben den erfolgreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen ist ab heute der Weg für eine juristische Überprüfung des offensichtlich verfassungswidrigen Gesetzes offen“, erklärte *Christiane Schmidt* vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS). Um die breite gesellschaftliche Ablehnung von Studiengebühren weiterhin deutlich zu machen, wird auch in Hessen ein Boykott der Gebühren als letztes Mittel im Kampf für ein gebührenfreies Studium erwogen. *Amin Benaissa* von der Landes-Asten-Konferenz (LAK Hessen) sieht den Beschluss als „Startschuss für eine neue Art der Auseinandersetzung“ und erinnerte daran, dass sich die Protestierenden bisher auch durch massive Polizeiaufgebote nicht beeindrucken ließen.

Anfang Oktober beschloss der hessische Landtag begleitet von Studentenprotesten mit der absoluten Mehrheit der CDU-Fraktion die Einführung von Studiengebühren ab dem Wintersemester 2007/08. Die Oppositionsparteien SPD und Grüne kündigten nach der Sitzung eine Normenkontrollklage wegen Verstoßes gegen Artikel 59 der hessischen Verfassung an.

Die ursprünglich vorgesehene erhöhte Gebühr von bis zu 1.500 Euro für Master-Studiengänge und für Studierende aus Nicht-EU-Ländern hatte die CDU unter dem Druck der Proteste zurückgenommen. Verfassungsrechtliche Bedenken sollen durch eine „Geld-zurück-Garantie“ ausgehebelt werden, wonach Studierenden Beiträge erlassen werden können, „wenn sich ihr Studium durch Verschulden der Hochschule

verzögert“. Der reformierte Gesetzestext sieht außerdem vor, dass Bafög-Empfänger keine Zinsen auf ihr Darlehen zahlen müssen. Die Kappungsgrenze für die Gesamtverschuldung aus Bafög und Studiengebühren wurde von 17.000 auf 15.000 Euro gesenkt. Die geplante Gebühr von 1.500 Euro für Doktorandinnen und Doktoranden wurde ganz gestrichen. Der Anteil der Studierenden, die aufgrund guter Leistungen beitragsfrei gestellt werden können, wurde von fünf auf zehn Prozent erhöht, die Einkommensgrenze für die Rückzahlungspflicht von 960 auf 1260 Euro.

Die studentischen Initiativen und Vertretungen diskutieren zur Fortsetzung des Widerstands auch die Möglichkeit, nicht nur auf die Oppositionsparteien zu setzen, sondern eine eigene Verfassungsklage gegen das Studienbeitragsgesetz auf den Weg zu bringen. Nach Artikel 131 der Hessischen Verfassung kann ein solcher Antrag beim Staatsgerichtshof von einem Zehntel der Abgeordneten des Landtags gestellt werden oder von einer „Gruppe von Stimmberechtigten, die mindestens ein Hundertstel aller Stimmberechtigten des Volkes umfasst.“ Ein solcher „plebiszitärer Widerstand gegen Studiengebühren“ könnte das öffentliche Bewusstsein über den Umgang mit einer vom Volk beschlossenen Landesverfassung an ihrem 60. Geburtstag schärfen und den Studierenden ein Aktionsfeld schaffen, das ihrem Protest weiter öffentliche Aufmerksamkeit und Perspektive sichert. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben von diesem Mittel schon einmal bei einer Klage gegen den Abbau von Personalvertretungsrechten durch die CDU-Regierung unter *Walter Wallmann* Gebrauch gemacht.

Dokumentarfilm über Gebührenprotest

Unter dem Titel „neueWUT“ begleiten der Filmemacher *Martin Kessler* und sein Team seit Herbst 2003 im Rahmen einer „dokumentarischen Langzeitbeobachtung“ die verschiedenen Wellen sozialer Proteste.

Jetzt kommt auch der neue Dokumentarfilm „Kick it like Frankreich – Der Aufstand der Studenten“ in die Kinos. Das Filmprojekt wird von der GEW Hessen und vom Bezirksverband Frankfurt unterstützt. Weitere Informationen gibt es auf der Homepage www.neueWUT.de. Das Filmteam hat den Protest der Studierenden in Hessen seit Mai 2006 „hautnah“

begleitet: bei den wöchentlichen Demonstrationen, bei den Autobahnblockaden, bei den Aktionen während der Fußballweltmeisterschaft, bei der Besetzung des hessischen Wissenschaftsministeriums am 5. Juli 2006 (Foto) und bei den Demonstrationen von DGB und GEW. Immer öfter war von „französischen Verhältnissen“ die Rede, wo die Massendemonstrationen von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Gewerkschaften ein Gesetz zur Lockerung des Kündigungsschutzes zu Fall brachten. Warum haben wir in Deutschland keine französischen Verhältnisse? Was treibt die Studenten zu immer heftigeren Protesten? Was hat der Kampf gegen Studiengebühren mit dem Widerstand gegen Hartz IV zu tun? Auch mit diesen Fragen befasst sich der Film.

Der Film hat am 15. November um 20 Uhr Premiere im Frankfurter Kino *Metropolis* und geht anschließend gemeinsam mit einer Fotoausstellung auf Tournee durch Hessen. Schulvorführungen im Frankfurter Kino *Pupille* auf dem Campus Bockenheim gibt es unter anderem am 20.11. und 22.11. von 10 bis 14 Uhr. KICK IT kann außerdem als DVD/VHS bestellt werden.

• *Infos zur Bestellung, zum Filmprojekt und zur Vereinbarung von Vorführungen im Internet unter www.neuewut.de oder bei Peter Münz, Tel. 069-71403755, Mobil: 0172-6845279*

